

Netzwerk

Wissenschaftsfreiheit

anfragen@netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de

<http://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/>

Frau

Bundesministerin für Bildung und Forschung

Anja Karliczek, MdB

anja.karliczek@bundestag.de

4. August 2021

Sehr geehrte Frau Ministerin Karliczek,

mit großer Besorgnis haben wir das jüngst publizierte Standpunktedokument der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (bukof) zur Kenntnis genommen <<https://bukof.de/standpunkte/>>.

Die dort dargestellten Ziele und Positionen gehen unserer Meinung nach weit über die im Bundesgleichstellungsgesetz verankerten Ziele und Aufgaben („Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligungen wegen ihres Geschlechts“) hinaus und würden bei einer Umsetzung einen starken und unzulässigen Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit darstellen. In einigen Punkten widersprechen sie sogar der Wissenschaft (etwa basalen Erkenntnissen der Biologie) und ersetzen den Erkenntnisstand durch ideologisch geprägte Positionen. Beispielhaft hierfür seien drei Zitatgruppen angeführt:

- „Geschlecht ist Teil der selbstbestimmten Identität eines Menschen. Geschlechtervielfalt ist Realität. Die gesamtgesellschaftlich gängige Einteilung in Männer und Frauen verstellt aber den Blick auf alle Lebensrealitäten, die über das binäre, heteronormativ gedachte Geschlechtermodell hinausgehen.“ (S. 32) ... „Die bukof setzt sich für die Gleichstellung aller Geschlechter ein und fordert dazu auf, die binäre und biologistische Geschlechterordnung kritisch zu hinterfragen.“ (S. 32) ... „Die bukof tritt dafür ein, Heteronormativität zu problematisieren und für die Komplexität von Geschlechterfragen sowie queere Geschlechtermodelle zu sensibilisieren.“ (S. 33)
- „Geschlechtsneutrale Perspektiven gibt es nicht.“ (S. 21) ... „Die bukof setzt sich dafür ein, dass Gender-Wissen in allen Fachgebieten zum Selbstverständnis der Lehr- und Lernkultur wird. Alle Hochschulen sind aufgefordert, Lehrende zur Reflexion ihrer Lehrinhalte für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu motivieren.“ (S. 21)
- „Es geht nicht nur darum, sich mit der Qualifikation der Bewerber*innen auseinanderzusetzen, sondern auch die eigene Bewertung und das gesamte Verfahren geschlechterkritisch zu hinterfragen. Hochschulen nehmen Kompetenzverluste in Kauf, wenn sie homo-soziale Kooptation befördern und Entscheider*innen nach dem Prinzip der Selbstähnlichkeit rekrutieren lassen. Quoten wirken gegen verzerrte Wahrnehmung aufgrund von Voreingenommenheit (Bias).“ (S. 35) ... „Die bukof fordert Hochschulen dazu auf, verbindliche Quoten einzusetzen, die als Instrumente demokratische Teilhabe in allen Positionen,

Gremien und auf allen Entscheidungsebenen sicherstellen. Zentral ist die Quote bei Berufungen und Führungspositionen.“ (S. 35)

Die Umsetzung dieser Positionen würde in letzter Konsequenz bedeuten, dass (gender-)ideologisch geprägte Positionen in Curricula integriert werden müssten, selbst wenn sie anderslautenden wissenschaftlichen Erkenntnissen oder der fachlichen Expertise der Professoren entgegenstehen. Die Einführung von Quoten würde dazu führen, dass nicht fachliche, sondern geschlechtsspezifische oder sogar ideologische Kriterien über die Einstellung eines Bewerbers entscheiden würden. Beides steht im krassen Gegensatz zur Freiheit von sowohl Wissenschaft und Lehre als auch einer fachlich geprägten, ergebnisoffenen wissenschaftlichen Debattenkultur.

Wir möchten Sie deshalb bitten, uns eine Stellungnahme zu diesem Positionspapier zukommen zu lassen, in dem Sie uns mitteilen, wie Ihr Ministerium das hohe Gut der Wissenschaftsfreiheit in Zukunft gewährleisten will und ob bzw. wie Sie verhindern werden, dass die im Positionspapier genannten Ziele, die die Wissenschaftsfreiheit stark einschränken würden, über die Gleichstellungsbeauftragten in die Hochschulen getragen und dort umgesetzt werden.

Wir würden Sie zudem gerne zu einer diesbezüglichen Online-Diskussion mit den Mitgliedern unseres Netzwerks einladen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Sandra Kostner

(1. Vorsitzende des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit)



Prof. Dr. Peter Hoeres

(Vorstand Falldokumentation und Presse)



Prof. Dr. Gerd Morgenthaler

(Schriftführer)



Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig

(Vorstand Prüfung Unterstützungsgesuche)



Prof. Dr. Christian Majer

(Vorstand Mitglieder)



Prof. Dr. Susanne Schröter

(Vorstand Veranstaltungen)